

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages am 1. Dezember 2025

zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur steuerlichen Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rentenalter (Aktivrentengesetz)“ (BT-Drs. 21/2673)

sowie zum Antrag der AfD-Fraktion „Steuerfreier Hinzuverdienst für Senioren – Neuen 12.000-Euro-Freibetrag zusätzlich zum bestehenden Grundfreibetrag einführen“ (BT-Drs. 21/1620)

Prof. Dr. Enzo Weber, München

Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur steuerlichen Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rentenalter (Aktivrentengesetz)“ (BT-Drs. 21/2673)

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Aktivrente sieht eine Steuerfreistellung für Einkommen aus nichtselbständiger Beschäftigung nach Erreichen der Regelaltersgrenze, für die der Arbeitgeber Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet, von 2.000 Euro pro Monat vor.

Infolge der Alterung verliert Deutschland über 15 Jahre sieben Millionen Arbeitskräfte (Hellwagner / Weber 2024). 2,5 Millionen könnte man gewinnen, wenn Menschen in ihren 60ern genauso häufig erwerbstätig sind wie heute fünf Jahre Jüngere (Hellwagner et al. 2022). Während Deutschland bei Erwerbstätigenquoten Älterer bis 64 Jahren einen Spitzenplatz im OECD-Vergleich einnimmt, liegt es bei den Quoten ab 65 Jahren in der unteren Hälfte (Walwei 2024). Die Aktivrente setzt daher an einer richtigen Stelle an. Durch Steuerfreiheit ergeben sich grundsätzlich Anreize für Erwerbstätigkeit.

Allerdings nehmen die Steuerfreiheit auch alle mit, die ohnehin weitergearbeitet hätten oder das schon tun. Dadurch entstehen dem Staatshaushalt zusätzliche Kosten. Ende 2024 waren nach BA-Statistik (2025) 410.000 Personen ab der Regelaltersgrenze sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 46 Prozent von ihnen erzielten daraus ein Monatseinkommen von über 2000 Euro, die anderen ein Durchschnittseinkommen von rund 1100 Euro. Bei durchschnittlichen Grenzsteuersätzen von 33% und 24% (in etwa entsprechend Beznoska et al. 2025) ergäben sich 2,2 Mrd. Euro im Jahr als Mitnahmeeffekte. Zwar steigt die Regelaltersgrenze bis 2031 auf 67 Jahre; ab diesem Alter waren im Dezember 2024 nur 315.000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Allerdings nahm diese Zahl zuletzt um rund 30.000 Personen pro Jahr zu.

Auf der anderen Seite entstehen durch höhere Erwerbsbeteiligung zusätzliche Steuereinnahmen. Diese sind allerdings dadurch begrenzt, dass für die ersten 2000 Euro gar keine Einkommensteuer anfällt. Es steigen aber Einnahmen aus Verbrauchs- und Gewinnsteuern sowie Sozialbeiträgen. Der Kausaleffekt der Maßnahme auf zusätzliche Beschäftigung ist schwer abzuschätzen. Befragungsbasiert haben Bohmann et al. (2025) ein Potenzial von 25.000 bis 33.000 zusätzlichen Vollzeitäquivalenten ermittelt. Um die Mitnahmekosten auszugleichen, dürften deutlich über 100.000 zusätzliche Beschäftigte oder über 70.000 Vollzeitäquivalente notwendig sein (entsprechend Bach et al. 2025).

Durch die Aktivrente werden vor allem Gutverdiener begünstigt, denn Menschen mit kleinen Einkommen haben niedrige Grenzsteuersätze und können daher nicht viel Steuern sparen. Die Aktivrente wird sie daher kaum erreichen. Auch gerät die steuerliche Maßnahme in Konkurrenz mit den bestehenden Anreizen im Rentensystem: Für jeden Monat, den der Rentenbezug aufgeschoben wird, gibt es Zuschläge von 0,5 Prozent. Die Steuerfreiheit macht es dagegen attraktiver,

Lohneinkommen und Rente parallel zu beziehen, da der höhere Grenzsteuersatz nicht mehr ins Gewicht fällt und auch kein Progressionsvorbehalt vorgesehen ist.

Beide Nachteile könnte man vermeiden, wenn allen Betroffenen ein identischer fester Prozentsatz von dem Arbeitseinkommen bis 2000 Euro als Steuerersparnis gewährt wird. Dann hängt der Anreiz nicht vom persönlichen Grenzsteuersatz ab.

Das hätte dann auch den Vorteil, dass man mit einer großen Informationskampagne neben der Aktivrente gleichermaßen die Möglichkeiten des Weiterarbeitens und der Zuschläge von 0,5 Prozent pro Monat bekannter machen könnte. Da sich viele Menschen an Altersgrenzen wegen ihrer Einfachheit orientieren, kann eine gute Erklärung von Anreizen und Vorteilen des Weiterarbeitens schon deutliche Verhaltenseffekte bewirken (Kindermann / Weber 2024). Dass eine gute Information bereits Änderungen in den Einstellungen bewirken kann, zeigen auch Befragungsergebnisse von Weik / Schwarz (2025). Zusätzlich könnte man vorsehen, dass die von den Arbeitgebern geleisteten Beiträge zur Rentenversicherung für Beschäftigte ab der Regelaltersgrenze den Rentenanspruch auch tatsächlich weiter erhöhen.

Wenn finanzielle Anreize für ein Weiterarbeiten gesetzt werden, sollten zudem andere Hürden beseitigt werden. Momentan sehen Arbeitsverträge üblicherweise vor, dass das Beschäftigungsverhältnis mit Erreichen der Regelaltersgrenze endet (§ 41 SGB VI). Es könnte gesetzlich die Möglichkeit für Regelungen geschaffen werden, dass Beschäftigungsverhältnisse nur enden, wenn das explizit gewünscht ist (Weber 2025). Damit wäre der Standard umgekehrt, der in vielen Fällen automatisch Fakten schafft. Dabei würde niemand gegenüber dem Status Quo an Entscheidungsfreiheit einbüßen.

Damit Anreize jenseits der Regelaltersgrenze greifen können, ist es zudem entscheidend, dass Menschen die Regelaltersgrenze überhaupt im Job erreichen. Gerade bei körperlich belastenden Arbeiten ist deshalb eine rechtzeitige systematische Weiterentwicklung in verwandte Tätigkeiten mit längerer Perspektive notwendig (Weber 2023). Dafür sollten Netzwerke und Beratung organisiert sowie Qualifizierung gefördert werden („Qualifizierungswelle 50plus“). Die Bedeutung geeigneter Arbeitsbedingungen wird dadurch unterstrichen, dass Betriebe, die rentenberechtigte Beschäftigte halten, dafür selten finanzielle Anreize anbieten (Czepek et al. 2025). Stattdessen ging es um kürzere Arbeitszeiten, flexiblere Arbeitszeiten und teils veränderte Tätigkeiten.

Die Steuerfreiheit soll laut Gesetzentwurf nur für Einkommen gelten, für die der Arbeitgeber Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet – also bspw. nicht für Selbständige. In der Tat würde die Mitnahme bei Selbständigen vergleichsweise hoch ausfallen, da sie bereits eine hohe Erwerbsbeteiligung ab der Regelaltersgrenze aufweisen: Im Jahr 2024 waren 29 Prozent der erwerbstätigen Rentnerinnen und Rentner ab 65 Jahren selbständig (destatis 2025), unter allen Erwerbstätigen waren es nur acht Prozent. Allerdings kann die Ungleichbehandlung als ungerecht oder gar unrechtmäßig empfunden werden, wie auch die Ungleichbehandlung von Beschäftigten oberhalb und unterhalb der Regelaltersgrenze.

Zum Antrag der AfD-Fraktion „Steuerfreier Hinzuverdienst für Senioren – Neuen 12.000-Euro-Freibetrag zusätzlich zum bestehenden Grundfreibetrag einführen“ (BT-Drs. 21/1620)

Der Antrag der AfD-Fraktion „Steuerfreier Hinzuverdienst für Senioren – Neuen 12.000-Euro-Freibetrag zusätzlich zum bestehenden Grundfreibetrag einführen“ unterscheidet sich von dem Gesetzentwurf im Wesentlichen dadurch, dass der Freibetrag niedriger liegt und auch für Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Gewerbebetrieb und Land- und Forstwirtschaft gelten soll.

Die Ausweitung der Einkommensarten würde zu einer Gleichbehandlung führen und die Anreize auch bei diesen Erwerbstätigen setzen. Andererseits würden wie oben dargelegt große Mitnahmeeffekte entstehen. Zudem ergäben sich Aufwände bei der Trennung aktiver und passiver Einkommensentstehung. Diese können andererseits auch bei Ausschluss selbständiger Tätigkeit entstehen, da dann bspw. ein Anreiz für Verlagerung von Gewinnen in Entlohnung für Geschäftsführungstätigkeiten bestünde.

Gegen den höheren Freibetrag aus dem Gesetzentwurf wird argumentiert, dass dieser die Steuergerechtigkeit zwischen Personen vor und ab der Regelaltersgrenze beeinträchtigen, Jüngere auf dem Arbeitsmarkt benachteiligen und Erwerbstätige in Büroberufen gegenüber körperlich belasteten Erwerbstätigen bevorzugen würde. Diese Punkte treffen auch auf einen niedrigeren Freibetrag von 12.000 Euro zu, wenn auch in geringerem Umfang. Andererseits setzt ein höherer Freibetrag stärkere Anreize als ein geringerer. Die Höhe des Freibetrags ist deshalb eine Abwägungsentscheidung.

Begründet werden Erwerbsanreize für Ältere auch damit, dass diese Art der Fachkräftegewinnung der Zuwanderung vorzuziehen sei. Allerdings ist die demographische Schrumpfung in Deutschland so stark, dass sämtliche inländischen Potenziale zum Ausgleich bei weitem nicht ausreichen würden (Hellwagner et al. 2022). Fachkräftepolitik sollte daher die Potenziale von Älteren unbedingt erschließen, ist aber genauso auf Zuwanderung und eine verbesserte Integration angewiesen.

Literatur

Bach, Stefan, Hermann Buslei, Johannes Geyer, Peter Haan, Joris Pieper (2025): Aktivrente entlastet vor allem besserverdienende Rentner*innen – mit unsicheren Beschäftigungseffekten. DIW-Wochenbericht 25/2025.

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.958419.de/25-25-1.pdf

BA-Statistik (2025): Arbeitsmarkt für Ältere. Berichte: Analyse Arbeitsmarkt. 28.10.2025.

https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=24758&topic_f=analyse-d-arbeitsmarkt-aeltere

Beznoska, Martin, Ruth Maria Schüler, Stefanie Seele (2025): Aktivrente. 2,8 Milliarden Euro steuerliche Mindereinnahmen, IW-Kurzbericht, Nr. 69.

https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2025/IW-Kurzbericht_2025-Aktivrente.pdf

Bohmann, Sandra, Peter Haan, Fiona Herrmann (2025): Aktiviert die Aktivrente Ältere? Evidenz zur Wirkung finanzieller Anreize auf das Arbeitsangebot von Personen vor und im Rentenalter.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BiW/Studie_Aktiviert_die_Aktivrente_AEltere_BST_12112025.pdf

Czepek, Judith, Nicole Gürtzgen, Andreas Moczall, Enzo Weber (2017): Halten rentenberechtigter Mitarbeiter in den Betrieben: Vor allem kürzere und flexiblere Arbeitszeiten kommen zum Einsatz. IAB-Kurzbericht 16/2017.

<https://doku.iab.de/kurzber/2017/kb1617.pdf>

destatis (2025): 13 % der Rentnerinnen und Rentner im Alter von 65 bis 74 Jahren sind erwerbstätig.

Pressemitteilung, 28.10.2025. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2025/PD25_44_p002.html

Hellwagner, Timon, Doris Söhnlein, Susanne Wanger, Enzo Weber (2022): Wie sich eine demografisch bedingte Schrumpfung des Arbeitsmarkts noch abwenden lässt. IAB-Forum, 21.11.2022. <https://iab-forum.de/wie-sich-eine-demografisch-bedingte-schrumpfung-des-arbeitsmarkts-noch-abwenden-laesst/>

Hellwagner, Timon, Enzo Weber (2024): Zoomer versus Boomer: Der vermeintliche Generationenkonflikt am Arbeitsmarkt. In: A. Thoms, S. Dettmers, G. Wilke, F. Kienbaum, M. Oehl & H. Schwiezer (Hrsg.): Zukunft im Widerspruch. Wie Deutschland sich jetzt neu erfinden muss, S. 183-189.

Kindermann, Fabian, Enzo Weber (2024): Für eine Rente mit Zukunft. Handelsblatt, 18.06.2024.

<https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-fuer-eine-rente-mit-zukunft/100042900.html>

Walwei, Ulrich (2024): Ältere Arbeitskräfte im demografischen Wandel: Beschäftigungspotenziale im internationalen Vergleich. IAB-Forschungsbericht 14/2024.

<https://doku.iab.de/forschungsbericht/2024/fb1424.pdf>

Weber, Enzo (2023): Wie sich Ältere länger im Beruf halten lassen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.08.2023. <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/buero-co/gastbeitrag-wie-sich-aeltere-laenger-im-beruf-halten-lassen-19112510.html>

Weber, Enzo (2025): Für ein selbstbestimmtes Weiterarbeiten. GVG-Perspektive, 8.

<https://vgv.org/de/article/522.gvg-perspektive-nr-8-meinungsbeitrag-prof-dr-enzo-weber-institut-f%C3%BCr-arbeitsmarkt.html>

Weik, Jonas Aljoscha, Stefan Schwarz (2025): Viele ältere Erwerbstätige wären bereit, länger zu arbeiten, wenn sie dafür eine einmalige Prämie erhielten. IAB-Forum, 27.10.2025. <https://iab-forum.de/viele-aeltere-erwerbstaeetige-waeren-bereit-laenger-zu-arbeiten-wenn-sie-dafuer-eine-einmalige-praemie-erhielten/>